

Sind Europas Kapazitäten begrenzt?

von Sascha Finger, Swiss Network of Young Migration Scholars

Im Zuge der öffentlich ausgetragenen Asyldebatte ist derzeit oft zu vernehmen, Europa würde durch gestiegene Asylgesuchzahlen an seine Kapazitätsgrenzen stossen. Ein Blick auf die jüngeren demografischen Entwicklungen widerlegt diese Befürchtung.

In den 28 EU-Staaten lebten am 1. Januar 2014 [507.4 Millionen Menschen, von denen 3,4 Prozent \(19.6 Mio.\) Drittstaatenangehörige sind](#). Dabei variiert dieser Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung innerhalb Europas stark, mit beispielsweise 2,7 Prozent in Polen und 32,2 Prozent in Luxemburg. Die Niederlande, Deutschland oder England verzeichnen um die 11 Prozent (inklusive Migrantinnen und Migranten aus anderen EU-Ländern). Massgebend bei diesen Zahlen ist u. a. die Dauer der Einbürgerungsprozesse; diese liegt z.B. in Kanada im Vergleich zur Schweiz bei einem vergleichbaren [Anteil ausländischer Wohnbevölkerung](#) bei weniger als einem Drittel. In Kuwait (60 Prozent) oder Katar (73 Prozent) stützen sich die Gesellschaften schon mehrheitlich auf ihre Ausländerinnen und Ausländer – ganz ohne Einbürgerung.

Neben der politischen und sozialen Offenheit bedingen weitere Faktoren wie Wirtschaftsleistung, Bevölkerungsdruck oder demographische Entwicklung innerhalb einer Kommune die jeweilige Aufnahmefähigkeit.

Die 28 EU-Staaten und die Schweiz verzeichnen trotz diverser Finanz- und Wirtschaftskrisen im Vergleich zu 2003 ein positives Wirtschaftswachstum. Folglich können sich einige dieser Staaten zusätzliche Ausgaben im Sozialbereich durchaus leisten, wie der [deutsche Finanzminister kürzlich bekräftigte](#).

Mit Blick auf den Bevölkerungsdruck verzeichnet die EU [116 Einwohnerinnen und Einwohner \(EW\) pro Quadratkilometer \(qkm\)](#), wobei es ausgeprägte Differenzen gibt. Das wird deutlich anhand der [Statistiken der Weltbank](#). Wohingegen Malta (1336), die Niederlande (501), Großbritannien (267) oder Deutschland mit 232 EW/qkm die höchsten Bevölkerungsdichten innerhalb der EU aufweisen, bewegen sich Länder wie Griechenland (85), Litauen (47) oder Schweden (24) signifikant unterhalb dieses Durchschnitts. Die Schweiz liegt mit 207 EW/qkm zwar über dem europäischen Durchschnitt; im weltweiten Vergleich verzeichnen sie und die EU jedoch relativ niedrige Bevölkerungsdichten. Singapur mit seinen über 7700 EW/qkm oder Hongkong (6880) stellen diesbezüglich globale Extremfälle dar. Doch auch Länder wie Bangladesch (>1200), Korea (517), Libanon (444), Indien (436) oder Burundi (421) weisen deutlich höhere Einwohnerdichten auf.

Zusätzlich zeichnet die demographische Entwicklung der EU ein anderes Bild als das der Überbevölkerung. Im Unterschied zu 1960, als mehr Menschen geboren wurden als starben, liegen heute die [Geburten- und Sterberaten annähernd auf dem gleichem Niveau](#). Das liegt nicht an höheren Sterberaten, sondern an tieferen Geburtenraten. In Deutschland, Italien oder Rumänien ist dieses Verhältnis sogar negativ. Dies hat seine Ursachen u.a. in den entsprechenden Familienpolitiken, aber auch in der Nicht-Gleichstellung von Frauen und Männern (etwa bei Kindesbetreuung oder Gehältern). Folglich liegt die Geburtenrate pro Frau innerhalb der EU seit den letzten 10 Jahren bei 1,55 ([Schweiz: 1,54](#)) und damit deutlich unterhalb der Selbsterhaltungsrate einer Gesellschaft (2,1). Lediglich Frankreich (1,99) und Irland (1,96) kommen dieser nahe. Schrumpfende Gesellschaften führen zu einem kostspieligen Verfall sozialer und technischer Strukturen [wie das Beispiel der Stadt Hoyerswerda](#) (im Osten Deutschlands) verdeutlicht. Hier sank die Bevölkerungszahl zwischen 1980 und 2014 von über 70.000 auf 24.000.

Möchte Europa seine Bevölkerungszahl auf dem heutigen Niveau halten, ist es weiterhin auf Zuwanderung angewiesen. In Europa gibt es keine ausländische Invasion, sondern vielmehr eine Kluft zwischen der Realität und dem Diskurs über Migration.